

## Wie im „Bund“ schon anno 2001 zu lesen war...

- **„Keiner möchte zurück zur Gemeindeversammlung“**

(„Der Bund“ vom 26.11.2001, S. 21)

Die Rede ist von den fünf Präsidenten der Gemeindeparlamente von Muri, Worb, Münchenbuchsee, Zollikofen und Ostermundigen. Als Argument wurden u.a. genannt: „Exekutive und Legislative müssen gleich lange Spiesse haben“. Nur mit einem Parlament sei die nötige Kontinuität gewährleistet, um den Gemeinderat und die Verwaltung laufend zu beurteilen und nötigenfalls Korrekturen vorzunehmen.

- **„40 mögliche Ansprechpartner mehr als die die üblichen sieben oder neun Gemeinderäte“**

(„Der Bund“ vom 6.11.2001, S. 21)

An wen wenden Sie sich, wenn sie eine Idee oder einen Wunsch für Ittigen haben und keines der sieben Gemeinderatsmitglieder persönlich kennen? Im erwähnten Artikel wird der Parlamentarier als „das professionelle Sprachrohr für Anliegen der Bevölkerung“ bezeichnet.

Angestrebt wird in Ittigen nicht ein Parlament mit 40, sondern eines mit 30 Mitgliedern. Das sind immerhin 30 zusätzliche Personen, an welche sich die Bevölkerung mit Anregungen oder Kritik wenden kann. Darunter wird mit grosser Wahrscheinlichkeit eine Bewohnerin Ihres Quartiers, ein Bekannter aus Ihrem Verein oder die Mutter eines Klassenkollegen Ihres Kindes sein...

- **„Belp braucht – wie andere Gemeinden dieser Grösse – ein Parlament, weil damit besser politisiert wird“**

(„Der Bund“ vom 27.11.2001, S. 26)

Erstens werde in einem Parlament sachbezogener politisiert und zweitens wüssten die Parlamentarier in der Regel, worum es gehe – was an Gemeindeversammlungen oft anders sei. Es wird auch darauf hingewiesen, dass ein Parlament die Bevölkerung nicht von der direkten politischen Mitwirkung ausschliesst: Jeder Bürger/jede Bürgerin kann entweder selber für einen Sitz im Parlament kandidieren, in einer Partei mitmachen – oder eben über ein Mitglied des Parlaments die eigenen Anliegen in die Diskussion einbringen.

- **„Für ein Parlament spricht, dass eine bessere Politik etwas kosten darf und dass sich gute Entscheide langfristig wohl auch finanziell auszahlen.“**

(„Der Bund“ vom 27.11.2009, S. 26)

Die Gegner eines Gemeindeparlaments argumentieren gerne mit den im Vergleich zur Gemeindeversammlung höheren Kosten. Zum einen lassen sich diese Zusatzkosten kaum seriös schätzen. Zum anderen gilt in der Politik wie in anderen Lebensbereichen: Qualität hat ihren Preis!